

Wilfried Oellers

- (A) Ansonsten sehen wir Ihren Vorhaben mit Spannung und hohen Erwartungen entgegen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Bernd Rützel für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Bernd Rützel (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir setzen heute das um, was wir versprochen haben: Wir erhöhen den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro pro Stunde. Das ist gut.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir wissen alle, dass 12 Euro in der Stunde keine großen Sprünge erlauben. Aber es ist eine Erleichterung für viele, die sehr, sehr wenig Geld haben, gerade wenn jetzt die Preise steigen. Und es macht einen Unterschied für 6 Millionen Bürgerinnen und Bürger.

- (B) Genau das hat vor zwei Tagen hier an diesem Pult unser Bundeskanzler Olaf Scholz gesagt. Ich bin froh, dass wir einen Bundeskanzler haben, der uns nicht nur sicher, souverän, bedacht und zuverlässig durch die Krise führt,

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Keine Ironie!
Keine Ironie!)

sondern dass wir auch einen Bundeskanzler haben, in dem auch noch ein halber Arbeitsminister steckt; daneben haben wir noch Hubertus Heil als, ich sage es mal so, ganzen Arbeitsminister. Ich bin froh, dass wir soziale Politik immer im Blick haben und dass wir dieses Vorhaben auf den Weg bringen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden mit unserer Politik immer die Menschen im Blick haben, denen es nicht so gut geht. Deswegen ist ein gut ausgestatteter Sozialhaushalt so wichtig – weil er den Menschen dient, weil dieses Geld aber auch sofort wieder in die Wirtschaft fließt und die Wirtschaft stärkt und vor allem weil die Demokratie damit gefestigt wird. Es ist ein Dreiklang. Gute Sozialpolitik ist dafür das allerwichtigste Fundament. Daher geben wir auch über 160 Milliarden Euro bzw. fast ein Drittel des Bundeshaushaltes für Sozialpolitik aus.

Wir beschließen neben dem höheren Mindestlohn heute auch eine höhere Minijobgrenze. Wir verbessern vor allem auch die Möglichkeit der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, nämlich im Übergangsbereich bei den sogenannten Midijobs. Wir sichern und stecken viel Geld in die Künstlersozialversicherung. Das ist ganz wichtig. Wir werden heute an dieser Stelle auch noch mal Etliches für die Renten tun. Das alles ist ausgeführt worden.

(C) Zusammenfassend: Ein Mindestlohn ist immer nur eine unterste Grenze. Es ist einfach sittenwidrig, unter dieser Grenze Menschen zu beschäftigen. Ein Mindestlohn ist kein Goldstandard. Goldstandard sind Tarifverträge. Wir werden alles tun, Tarifverträge zu stärken und eine Renaissance der Tarifverträge zu erreichen.

Die letzten 20 Sekunden meiner gekürzten Redezeit verwende ich darauf, zu erzählen, dass ich heute früh einen Großbäcker aus Berlin getroffen habe. Er hat mir gesagt, dass er mittlerweile schon über Mindestlohn zahlt und nun Tarifverträge möchte. Dem schließen wir uns an. Dafür lohnt sich gute soziale Politik zu machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun der Kollege Stephan Stracke das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stephan Stracke (CDU/CSU):

Grüß Gott, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Deutschland steht vor gewaltigen Herausforderungen. Krieg, Energieknappheit und Inflation prägen unseren Alltag. Viele kommen kaum noch über die Runden angesichts massiver Preissteigerungen an der Zapfsäule, bei den Heizkosten, bei den Stromkosten, bei den Lebensmitteln.

(D)

Angesichts dieser Situation haben Sie, Herr Bundesminister Heil, in der ersten Beratung zu diesem Haushalt am 25. März wörtlich gesagt – Zitat –:

Deshalb haben wir in den letzten Wochen Entlastungspakete auf den Weg gebracht, um Härten abzufedern – nicht mit der Gießkanne ...

Was Sie damals mit „Gießkanne“ gemeint haben, wird jetzt jeder Rentnerin und jedem Rentner klar. Von der Energiepreispauschale von 300 Euro haben sie nichts. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbstständige, Beamte, all diese bekommen die Energiepreispauschale von 300 Euro, nicht jedoch die Rentnerinnen und Rentner.

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Beschämend!)

Verena Bentele, die VdK-Präsidentin, sagt dazu:

Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung diese Generation mit ihren hohen Heizkosten einfach sitzen lässt.

Recht hat sie, die VdK-Präsidentin.

(Beifall bei der CDU/CSU – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Frau Bentele hat recht!)

Die Koalition stärkt mit ihren Entlastungspaketen nicht den sozialen Zusammenhalt, sondern sie schwächt ihn in zentralen Punkten.

Stephan Stracke

- (A) Hat die Koalition jetzt zum Abschluss dieser Haushaltsberatungen dazugelernt? Am 28. Mai haben Sie, Herr Heil, der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ ein Interview gegeben. Ich darf daraus zitieren:

Die hohen Preise sind für viele Menschen wirklich kritisch.

Und dann ein bisschen weiter unten:

Wir haben den Rentner, der sich vor der nächsten Heizkostenabrechnung fürchtet. Das kann uns nicht egal sein.

Wirklich? Wenn es Ihnen nicht egal wäre, dann hätten Sie dafür gesorgt, dass die 300 Euro für die Rentnerinnen und Rentner jetzt auch tatsächlich im Haushalt stehen,

(Beifall bei der CDU/CSU)

dass sie sie bekommen. Wenn es Ihnen nicht egal wäre, dann hätten Sie als Koalition einen Änderungsantrag auf den Weg gebracht. Das ist aber erkennbar nicht der Fall. Herr Heil, werden Sie Ihrer sozialen Verantwortung gerecht. Sie lassen die Rentnerinnen und Rentner in dieser schwierigen Situation im Stich. Das ist das Gegenteil von sozialer Verantwortung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Statt zu handeln, kommen Sie jetzt mit einem weiteren Vorschlag um die Ecke: das Klimageld. Das ist nichts als ein Etikettenschwindel; denn das Klimageld ist keine Inflationsbremse, sondern es ist ein Klimainstrument. Es ist falsch, die CO₂-Bepreisung jetzt für weitere Leistungsversprechen zu verwenden. Ihr Vorschlag, Herr Heil, ist ungerecht, unseriös und unverantwortlich.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Er ist ungerecht, weil er Kinder nicht berücksichtigt; er ist familienfeindlich. Er ist unseriös, weil Sie Leistungsversprechen ohne Preisschild ins Schaufenster stellen. Und er ist unverantwortlich, weil Sie damit keinen zusätzlichen Klimaeffekt haben, sondern nur ein neues Ausgabenprogramm produzieren.

Der Bürokratieaufwand ist gewaltig. Deswegen verwundert es auch nicht, dass diese neuen Leistungsversprechen à la Heil nicht jetzt kommen, sondern frühestens zum 1. Januar des nächsten Jahres. Aber die Menschen brauchen jetzt die Entlastung. Sie brauchen sie jetzt und nicht erst im nächsten Jahr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

So verwundert auch die Reaktion von Lindner im „Handelsblatt“ vom 2. Juni nicht, wo er sagt, dieses Klimageld ist „nicht vom Koalitionsvertrag gedeckt“ und zudem „nicht so richtig durchdacht“. Die Heil'sche Entlastung wird also damit eher zu einer Belastung für die Koalition. Ich habe den Eindruck, dass die Koalition noch kein wirklich gemeinsames Verständnis darüber entwickelt hat, was jetzt tatsächlich notwendig und richtig ist.

An dieser Stelle helfen wir Ihnen als Opposition sehr gerne weiter. Wir empfehlen Ihnen: Senken Sie die Stromsteuer auf das europäische Minimum. Das ist ein Instrument, das hilft. Das entlastet alle Menschen mit geringem Einkommen sogar überproportional.

(Zuruf des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]) (C)

Denn sie bezahlen bei ihren Gesamtausgaben einen höheren Anteil für Strom. Familien werden in besonderem Maße entlastet, da mehr Personen auch mehr Strom verbrauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Und es ist unbürokratisch, weil Sie einfach nur das Gesetz verändern müssen: die Änderung des Steuersatzes. Es ist im Übrigen auch ein Beitrag zum Klimaschutz, da strombasierte Alternativen wie E-Autos oder Wärmepumpen gegenüber fossilen Technologien gestärkt werden.

Das ist der richtige Ansatz, wenn es um die CO₂-Bepreisung geht, wenn es darum geht, ein Klimageld auf den Weg zu bringen, das wirkt. Machen Sie einfach das, was wir Ihnen vorschlagen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich habe den Eindruck, dass diese Koalition auf einen heißen Herbst zusteuert: zum einen, weil ihre Entlastungspakete auslaufen; zum anderen, weil immer neue Ausgabenprogramme auf den Tisch gelegt werden und gleichzeitig die Schuldenbremse eingehalten werden soll. Das kollidiert in gewaltiger Art und Weise miteinander. Wir sind gespannt, und wir haben die besten Vorschläge dafür, wie Sie jetzt in dieser Situation agieren sollten.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der CDU/CSU: Bravo!)

(D)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion hat nun die Kollegin Dr. Tanja Machalet das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dr. Tanja Machalet (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Stracke, ich empfehle Ihnen, sich mit den Vorschlägen, die Sie zum Schluss angeführt haben, an Bundesfinanzminister Lindner zu wenden. Das alles sind Vorschläge, die nicht direkt mit dem Einzelplan 11 zusammenhängen.

(Stephan Stracke [CDU/CSU]: Warum macht das dann Ihr Minister? Fragen Sie doch mal Ihren Minister! So wischen Sie den Vorschlag von Ihrem Minister weg! Das ist ja erstaunlich!)

– Richten Sie Ihre Vorschläge an ihn. Ich komme noch dazu.

Ich möchte zunächst einmal festhalten: Unser Bundeskanzler Olaf Scholz hat am Mittwoch in der Generaldebatte gesagt:

In diesen Zeiten, wo große Veränderungen stattfinden, da ist es umso wichtiger, dass sich alle auf Sicherheit und Zusammenhalt verlassen können.